

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger.)

Herausgeber Ludwig Volk.

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden.

Nr. 117.

Freitag, den 19. Mai 1922.

162. Jahrgang.

Tageschronik

Die amerikanische Regierung weigert sich nach wie vor, europäischen Staaten Kredite zu geben. Schlechte Aussichten für die Brotversorgung im kommenden Wirtschaftsjahr. Der preussische Staatsrat tritt für Suspendierung des Altersgrenzengesetzes ein. Verordn. beschäftigt in Oberschlesien eine Amnezie zu erteilen. Heute findet die Schließung in Bonna statt.

Nur amerikanische Privatleihen.

Das Geheimnis der Pariser Reparationsanleihen. London, 19. Mai. Als bekanntlich Mitglied der amerikanischen Regierung gab Minister Hoover folgende Erklärung an die europäischen Mächte bekannt: Die Hoffnungen auf neue amerikanische Leihen an Europa sollten besser aufgegeben werden. Wenn man eine finanzielle Hilfe wünscht, muß ein diesbezügliches Gesuch an die amerikanischen Banken gerichtet werden. Um sich deren Hilfe zu sichern, ist es nötig, daß Europa zunächst die Schritte zur Verbesserung seiner finanziellen Lage unternimmt, die geteilt in meiner Rede grundrissig angegeben wurden. Besonders dringlich muß solche Garantien geben, wie sie nicht nur in meiner heutigen Rede erwähnt werden, sondern auch in den vorhergehenden Reden meines Kollegen Hughes bezeichnet worden sind. Das ist die Meinung der Berechtigten Staaten, so erklärte Hoover weiter und auch die Ergebnisse in Bonna haben daran keine Veränderungen bringen können.

Von maßgebender Stelle hören wir, daß im Ausdrückigen Amt die Verhandlungen Dr. Herms in Paris sehr optimistisch ansehen werden. Man weiß im Ausdrückigen Amt eben Zweifel zurück und warnt selbst vor dem geringsten Pessimismus. Die Verhandlungen hätten bisher schon gezeigt, daß sich eine „Verhandlung“ in der Reparationsangelegenheit ergeben wird. (Da werden wir uns auf allerhand Gerüchte verlassen dürfen.)

Die französische Presse dagegen veröffentlicht wieder sehr pessimistisch gehaltene Notizen über die Besprechungen des Reichsfinanzministers Dr. Herms mit der Reparationskommission. Die Teilnehmer an diesen Besprechungen sind zum strengsten Schweigen verpflichtet. Alle Meldungen sind daher mit großer Vorsicht aufzunehmen. Wie die „Kreuzzeitung“ erzählt, sind die Besprechungen, die Dr. Herms mit der Reparationskommission einleitete, vorläufig unterbrochen worden. Sie sollen erst wieder aufgenommen werden, wenn die deutsche Regierung neue Vorstellungen für Dr. Herms erteilt haben wird.

Bedeutende Erhöhung des Brotpreises im Herbst.

Besprechungen über den Judent und Getreidemarkt. Berlin, 19. Mai. Gestern fand im Reichsfinanzministerium die angekündigte Besprechung über die Getreidewirtschaft und die Lage am Judentmarkt statt, in der Vertreter des Handels, der Industrie und der Konsumgenossenschaften teilnahmen.

unhaltbaren Zustände in der Judentversorgung schilderten. Anschließend fand im wirtschaftlichen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates ebenfalls eine Besprechung über die Judentmarkt statt. Nach längerer Aussprache kam der Ausschuss zu dem Beschluß, daß nur durch eine umfassende Erhöhung der Einfuhr von Weizenbrot dem Notstand, der sich vor allem bei den kleinen Verbrauchern geltend mache, gesteuert werden könne. Wie verlautet, ist damit zu rechnen, daß der Reichswirtschaftsminister die Forderung der Judenteinfuhr genehmigen werde.

Im Ministerium der Reichsgetreidewirtschaft fand gestern eine Besprechung mit Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, der Mühlenindustrie und der Verbraucher über den Getreidemarkt in der nächsten Zeit statt. Der Entwurf wird in den nächsten Tagen dem Reichsfinanzministerium, dem Reichsrat und dem Reichsgetreidewirtschaftsamt vorgelegt. Das Gesetz soll möglichst noch in der ersten Junihälfte in Kraft treten. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird

die Getreidemenge als solche besetzt bleiben. Jedoch soll die Landwirtschaft bei der Aufbringung und Verteilung des Getreides in stärkerem Maße als bisher herangezogen werden. Der Preis für Getreide dürfte sich im kommenden Frühjahr nicht unmerklich erhöhen, da die Reichsgetreidewirtschaft auch im kommenden Frühjahr die Einfuhr des Auslandes und Inlandpreisen das Mittel ziehen will.

Ein Vorrat von 1000 Gramm dürfte im Herbst etwa 20 Mark kosten.

Die Landwirtschaft erklärte sich nicht in der Lage, dem Entwurf der Reichsgetreidewirtschaft über eine neue Getreideordnung zuzustimmen zu können.

Ein dem Reichstag zugewandener Antrag von Müller-Branken und Gen. (Reichstags) enthält die Reichsregierung, dem Reichstag mit künftiger Besetzung des Reichsverbandes zu unterbreiten, nach denen für das Wirtschaftsjahr 1922-23 das Altersverfahren für die Erhaltung des Brotgetreides beibehalten wird, wobei der Gesamtbedarf in Brotgetreide für die Bevölkerung der versorgungsberechtigten Bevölkerung aus der Inlandserte in Höhe von 4,5 Millionen Tonnen (!) sicherzustellen ist. Der Kartoffelbedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung solle an dem bevorstehenden Wintermonat abgedeckt werden. Wenn diese Versorgungsträger nicht vollständig eingehalten werden, ist der Erfüllungszwang gesetzlich festzusetzen. Dem Reichstag ist der Antrag zu unterbreiten, die Reichsregierung durch das Reich wieder einzuführen. Der Reichstag sei pro Kopf und Woche ein halbes Pfund Judent und Woche 1 Pfund extra.

München, 19. Mai. Der bayerische Landwirtschaftsminister Wurzelsperger teilte im Landtage mit, daß der Stand des Brotgetreides ihm große Sorge mache. Wenn die Witterung sich nicht bessere, werde die Ernte eine sehr geringe, dann werde eine Umlage in Höhe von zwei Millionen Tonnen kommen. Die bayerische Regierung habe beim Reichsminister beantragt, den Kreis der versorgungsberechtigten Bevölkerung um einen bestimmten Prozentsatz zu reduzieren, damit man mit einer Umlage von zwei Millionen Tonnen auskommen könne.

Suspendierung des Altersgrenzengesetzes?

Der preussische Staatsrat nahm einen gemeinsamen Antrag der beiden Reichsparteien, desentrums und der Demokraten an, dem Staatsministerium und dem Landtag eine Befehlentwurf vorzulegen, durch den das Gesetz vom 15. 12. 1920 über Einführung des Altersgrenzgesetzes einstweilen außer Wirksamkeit zu setzen ist, und zwar gemäß einem Ausnahmsantrag, wonach die Ausbreitung der einseitigen Regelung der Materie durch das Reich, jedoch längstens auf zwei Jahre erfolgen soll. Ferner würde die Ausführungsbemerkung zum Reichsmitteilgesetz mit einigen vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen angenommen, ebenso der Antrag der Reichsregierung, den Gemeinden infolge ihrer finanziellen Lage die Steuern aus der Ausführung des Reichsmitteilgesetzes ermachenden Anleihen vom Staat oder Reich erhalten zu lassen.

Zur Steuerung der Getreidemenge.

Ein Tropfen auf den heißen Stein. Bei der Vorlage der Presse infolge der hohen Marktpreise hat der Reichsgetreideminister einen Antrag des Reichsgetreideministers, Getreidemenge, Getreidemenge, Getreidemenge in zwei Klassen zu verfahren. Der Ausnahmefall gilt für Fruchtgut bei Wagnis in Wagenladungen von und nach allen Stationen der deutschen Reichsbahnen. Die Sendungen müssen an eine Getreidemenge oder Getreidemenge gerichtet sein.

Rückkehr deutscher Kriegsgefangener aus Russland.

Wiga, 21. Mai. Ein Transport deutscher und österreichischer Kriegsgefangener, 450 Mann stark, traf am 15. Mai aus Riga ein. Am Sonntag traf ein Transport von 392 deutschen Kriegsgefangenen in Wiga ein, der nach der Untersuchung in deutschen Sanitätslagern am selben Tage nach Deutschland geschickt wurde.

Allgemeine Amnezie in Oberschlesien?

Der zweite letzte Landtag in Glatz. Opole, 19. Mai. General Verordn. beschäftigt, bei der bevorstehenden Übergabe der beiden Teile Oberschlesiens eine Amnezie für die Personen beider Parteien zu erlassen, die nach dem letzten Aufstand wegen Widerstandes gegen die Interalliierte Kommission zu Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren verurteilt wurden. Nicht inbegriffen sind in diese Amnezie solche Personen, die sich eines Anschlages auf das Leben der Besatzungsstruppen schuldig gemacht haben.

Das Urteil im Petersdorfer Zwischenfall.

Opole, 19. Mai. Der interalliierte Gerichtshof fällte Donnerstag nachmittag in öffentlicher Sitzung das Urteil im Falle Petersdorf. Der Angeklagte Gemtsch wurde wegen Teilnahme an dem Mordfall in Petersdorf und wegen der Ermordung des Sohnes Schlichter zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, ferner wurde Kröner, Eisenbahninspektor in Glatz, als Führer des Selbstschutzes zu acht Jahren Zuchthaus, Baura zu zehn Jahren Zuchthaus, Ehrlich und Malosa wegen der Ermordung Schlichter zu zehn Jahren Zuchthaus zu 10 Monaten Zuchthaus, der Geschäftsführer der Deutschen Arbeiter-Polizei zu zwei Monaten Zuchthaus, die übrigen Angeklagten zu niedrigeren Gefängnisstrafen verurteilt. Ein Untersuchungsurteil wird nicht angeordnet. Der angeklagte Viktor Urbanek in Glatz, gegen die die Todesstrafe beantragt war, wurde freigesprochen.

Die Gründe der Geldentwertung.

Von Dr. Henry Behnen und Dr. Werner Gensmer.

Wir bringen hiermit im Vorabdruck Auszüge aus einem im Juniheft der „Deutschen Rundschau“ (Verleger: Rietfeld Verlag, Berlin, Herausgeber: Dr. Rudolph Rietfeld) erscheinenden ausführlichen Abhandlung der beiden genannten Verfasser über „Die Bilanz der Weltwirtschaft seit Kriegsende.“

In den hochpolitischen Ländern führt man fast allgemein die Ursachen der Geldentwertung auf Missetaten innerhalb der niedervalutierten Länder zurück. Man glaubt, eine Senkung der Verhältnisse erzwungen zu sein, wenn man erst in den niedervalutierten Ländern die Notenpressen aufsteigt. Als Ursache für die Wertpapierentwertung wird dabei ohne Rücksicht auf die verschiedenen Verhältnisse der Länder allein die Missetaten in deren Staatsfinanzen angesehen. Man hält die Ausgaben für zu groß und fordert demgemäß z. B. die Einschränkung der Lebensmittelaufschüsse, die Herabsetzung der Gehälter, die Verminderung der Beamten und ganz allgemein eine bis zum äußersten gehende Sparpolitik. Um die Staatsfinanzen zu erhöhen, empfiehlt man den niedervalutierten Ländern die Erhöhung der Personen- und Gütersteuern auf den Einkommen, die Erhöhung aller Gebühren und Steuern, die Erhebung besonderer Ausnahmesteuern und anderer Maßnahmen. Mit einem Geheul über die Unabhängigkeit der Zentralbanken von der Regierung des betreffenden Staates glaubt man die letzte Sicherung gegen eine weitere Geldentwertung schaffen zu können.

Kennzeichnend für diese Auffassung ist die Note der Reparationskommission an die deutsche Regierung vom 21. März 1922, in der der Ausgleich des Reichsausfalls und die Stilllegung der Notenpresse, also die Wiederherstellung des Gleichgewichtes in unserer Innenbilanz gefordert wird. Die Note der Reparationskommission lautet an, daß von dem gesamten Reichsbeitrag im Vorauszahlung des Reichsausfalls von 1922 beim Stande von 1 Goldmark = 46 Papiermark 171 Milliarden Papiermark allein auf die Kriegsentgeltungsforderungen der Alliierten fallen. Sie weist selbst darauf hin, daß die Papiermark bis zum Ende der Stilllegung der Reparationsnote bereits auf dem Stand von 70 Papiermark für 1 Goldmark gefallen sei, und daß der Reichsbeitrag im Reichsausfall demnach weiter steigen müsse. Dennoch fordert sie den Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen im Reichsausfall und verlangt zu diesem Zweck ein neues Steuerprogramm mit 60 Milliarden Reichsmark für 1922 und die Stilllegung einer Staatsanleihe, die dem nach vorhandenen Reichsbeitrag bedarf sei. Eine wunderbare Rechnung! J. M. Keynes hat in seinem neuen Buch „Reaktion des Geldwertes“ (Verlag Duncker und Humblot, München) die finanzielle Belastung des deutschen Volkes Ende 1921 auf 43 Prozent seines gesamten Einkommens berechnet. Wie groß wird die Belastung des deutschen Volkseinkommens, wenn Steuern und Staatsanleihe zusammen die Ausgaben des Reiches decken sollen?

Der Reichsbeitrag von 183,5 Milliarden Papiermark wird 1922 wegen der dargelegten Entwertung der Mark sehr Auffüllung des Reichsausfalls mindestens 800 Milliarden Papiermark erreichen und wird darüber hinausgehen, wenn die Mark noch weiter fällt. Um diesen Reichsbeitrag von 800 Milliarden Papiermark zu decken, müßte die Gesamteinkommen des deutschen Volkes durch die Steuern einschließlich der inneren Staatsanleihe auf die vierfache Höhe gebracht werden! Da die Gesamtbelastung nach Keynes schon 43 Prozent beträgt, müßte sie also 170 Prozent vom Einkommen des deutschen Volkes erreichen! Eine derartige Steuerlast ist natürlich unmöglich. Wenn man nicht die Einkommen des deutschen Volkes auf die vierfache Höhe bringen will, so würde dadurch nur eine allgemeine Steigerung der Preise, Löhne und Gehälter hervorgerufen werden, die in der Wirkung einer ungeheuren Inflation gleichkäme und den Wert der Mark auf ein neues Gefälle herabdrücken müßte. Dann würden die Ausgaben des Reiches wieder ins Ungemessene wachsen und den Steuerertränken davon laufen.

Die im Auslande weitverbreitete Ansicht, daß man nur in den Ländern mit sinkender Währung für eine verbindliche Ordnung der Verhältnisse sorgen müsse, um die Geldentwertung der Weltwirtschaft zu verhindern, ist daher, erweitert sich also an diesem Beispiel als oberflächlich.

(Schluß folgt.)

Vorwärts!

Erhöhte Bereitschaft für die französische Fremdenlegion. Berlin, 19. Mai. Die Werber für die französische Fremdenlegion entfallen wieder eine gute Zahl...

Amerikanisch-französische Mandatsverteilung.

Paris, 19. Mai. Nach einer Washingtoner Meldung ist zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten eine Vereinbarung zustande gekommen über die Mandatsfrage von Kamerun, Togo, sowie über Syrien.

Der Schlusssatz in Genua.

Eine Unterredung zwischen Birich, Rathenau und Lloyd-George - Abschiedsessen.

Wie die Blätter aus Genua melden, hat Lloyd George gestern nachmittag nachherdem Schauer, Birich, Wood und Reichsminister Dr. Birich mit dem Reichsminister Dr. Rathenau, die beide von dem englischen Premierminister zum Tee eingeladen worden waren, empfangen...

Schöne Worte.

Bei einem gestern Abend von den italienischen Journalisten zu Ehren des Facta u. a. Benn man der ungenügenden Fülle von Fragen, Prinzipien und neuen Programmen, die hier nicht alles auf einmal geordnet werden konnte...

Das Programm der Schlusssitzung.

Genua, 19. Mai. Das Programm für die Schlusssitzung am heutigen Freitag ist wie folgt festgesetzt: 1. Genehmigung des Protokolls der zweiten Plenarsitzung...

Die Unterzeichnung der deutsch-italienischen Verträge.

Genua, 19. Mai. Bevor die deutsche Delegation Genua verläßt, wird nach dem italienisch-deutschen Abkommen über den Rücktritt der deutschen Truppen in Italien für 900 Millionen Lire abzüglich der vom italienischen Staat bezugsnehmenden Güter unterzeichnet werden...

Die fauren Trunken.

Münchener Kabinettakt in Berlin. Seitens der deutschen Regierung wird erklärt, daß sie an der Haager Konferenz kein Interesse habe und deshalb auch in sie keine Stellung nehmen werde...

Asienisches Mesopotamien.

Genua, 19. Mai. Inzwischen wird erst am Dienstag Genua verlassen, da es noch wichtigste Verhandlungen mit anderen Delegationen abzuwickeln hat...

Trochäus Spezialabfertigung.

Wie die Trochäer Presse zu berichten weiß, kam es während der letzten Sitzung des Interalliierten Zentralerwartungskomitees in Moskau zu hitzigen Auseinandersetzungen...

Politische Rundschau.

Einfluss der Bauernfrage.

Eine Frage und Wasserfrage stellt eine Wahl dar, die durch eine Reihe von Faktoren gesteuert wird...

In einem Sonett-Wettbewerb wollte ein Bauer einen Preis gewinnen, auf den ein Baron zugesprochen war. Der 1089 1000 Mark kostete. Der Bauer wollte 168 990 Mark bezahlen...

Die Redaktionen der 'Münchener Neuesten Nachrichten' hatte an den Reichstag anlässlich der Reichstagswahl...

Die deutsche Industrie in Hamburg.

Der Reichsverband der Deutschen Industrie hält in diesem Jahre seine 4. ordentliche Mitgliederversammlung in den Tagen vom 21. bis 25. Mai in Hamburg ab...

Aus Stadt und Umgebung.

Zum tausendjährigen Gedächtnis der Stadt Merseburg.

Am 19. Mai 1922 feiert unser liebes Merseburg seinen 1000 jährigen Geburtstag. Vor 1000 Jahren am 19. Mai 922 oder nach anderer Angabe am 1. Mai 922 nach Merseburger Kirchenbuch...

Protestkundgebung gegen die Wandlung.

* Wir weisen besonders auf die heutigen Anzeigen für die Protestkundgebung gegen die Schuldfrage am Sonntag, den 21. Mai, vormittags 11 1/2 Uhr hin.

Frühgottesdienst im Zoo.

findet am Sonntag, den 21. Mai, um 8 Uhr morgens statt.

Stromunterbrechung.

findet am Sonntag, den 21. Mai 1922 von vormittags 9 Uhr bis nachmittags 3 Uhr wegen dringender Arbeiten am Hochspannungsnetz statt.

Die Saale.

Infolge des Unwetters, welches am Mittwoch im Unkrautfeld niederlag, beträchtlich geschwollen. Das Wasser ist von grau-gelber Färbung.

Ein Opfer der Fremdenlegion.

* Ende Oktober vorigen Jahres übernahm ein Herr, dessen Name nicht bekannt ist, die Gärtnerei des Herrn Wähner in der Friedrichstraße und hat sich seitdem in der kleinen Wäherstraße, wo er eine sehr schöne Gärtnerei hat, nach Leipzig, um Blumen einzukaufen...

Vernehmlichungsprotokolle.

Bei der Tagung der Bremer Missionärskonferenz in Halle zeigte der neue Leiter der französischen Emissionen, Gen. Mar. Dr. Rebe, in seiner Begrüßungsansprache, wie die Emissionen aus Hermann Brandes heiliger Materie haben für das Werk der inneren wie der äußeren Mission...

In unserer heiligen Stadt.

Die die Verteilung der Straße betraf, wird uns mitgeteilt, daß es sich um einen völlig harmlosen, seiner Sinne nicht mehr ganz mächtigen alten Mann handelt...

In den Sommerferien.

ist ab heute ein Film zu sehen, der in allen größeren Städten beispiellosen Erfolg gehabt hat. 'Die Verleumdung eines Mannes'...

Tarifverhandlungen in der deutschen Industrie.

* Die Verhandlungen über die Maßnahme für die Arbeiter der chemischen Industrie sind gescheitert, nachdem die Arbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes für ganz Mitteldeutschland um 3 Mark, d. h. etwa 35 Prozent in der höchsten Lohnstufe und etwa 15 Prozent in der niedrigsten Lohnstufe...

Stadttheater Halle.

'Der Obersteiger', Operette von Carl Zeller. Eine Operette aus der alten Zeit, aber nicht zu geläufig und musikalisch nicht so wertvoll wie der 'Böhnenhändler' und der 'Bagdadin'...

Der Stadtschlächter.

unserer heutigen Zeitung liegt ein Prospekt Obermeisters, Medizinal-Verkaufsliste, die sich bei Hansmannsches Medizinal-Verkauf und bezugsnehmend, heranzuziehen empfiehlt hat.

Die Landgemeindeordnung.

Eine neue Schlinge, das Landvolk zu fangen und abzutun.

Die haben sich neuer etwas Neues ausgedacht, die Herren der Vintregierung, und von dem sie den in seiner angeborenen Unkraut immer noch gar zu starkem deutschen Landvolk die Samenkränze anlegen möchten. Mein doch, Baumerklärer, das ist viel zu wenig; Eine neue, kleine zierliche Jungfrau! Sieht du esst dein, Schupp, wird die Erde zugemacht und die langen Spitzen und Messer bringen dir von allen Seiten zugleich ins Leben, so daß es kein Entinnen mehr gibt!

Der Entwurf selbst ist folgendes: Die Landgemeinden soll gewonnen sein, einer Landbürgermeisterei angeschlossen oder — bei größeren Landgemeinden — für sich allein eine Landbürgermeisterei zu bilden. Die Landbürgermeisterei ist eine öffentlich-rechtliche Kommunalbehörde, also eine neu zu schaffende Behörde in der Selbstverwaltung. Die soll in der Hauptsache die Funktionen der jetzigen Amtsratgeber, d. h. die Tätigkeit der Ortspolizeibehörde, übernehmen und die Aufgabe der Verwaltungsbefugnisse in Angelegenheiten des Staates oder Reiches erlösen. Die Landbürgermeisterei ist bestellbar unter anderen können jedoch Bürgermeisterei bestellbar werden. Die Landbürgermeisterei wird von der Bürgermeistereiabteilung gewählt. Es können zu diesen Stellen auch Leute gewählt werden, die nicht im Besitz ihres Wohnsitzes haben. Bei Bestellung der Landbürgermeisterei kann mit Zustimmung der Bürgermeistereiabteilung ein Kommissar für Angelegenheiten ernannt. In besonderen Fällen kann der Kommissar ohne Zustimmung der Bürgermeistereiabteilung bestellt werden. Jede Landbürgermeisterei ist ebenso wie jede Landgemeinde verpflichtet, die zur Erledigung ihrer Angelegenheiten erforderlichen Beamtenstellen einzurichten.

Die selbständigen Ortsbezirke sind nach dem Entwurf aufzulösen und mit Land- oder Stadtgemeinden oder mit anderen Ortsbezirken zu einer neuen Land- und Stadtgemeinde zusammenzulegen. Von dieser Maßnahme darf nur dann abgesehen werden, wenn sich ein eigenes Gemeindefeld wegen geographischer Eintrübtheit oder Trennung der Ortsbezirke nicht entwickeln kann.

Während die schematische Beilegung der Ortsbezirke nicht nur von den Ortsbehörden, sondern auch von zahlreichen Landgemeinden bekräftigt wird und im allgemeinen nur die angeordnete sein dürfte, so die tatsächlichen Verhältnisse es erfordert, und beide Beistimmte es wünschen, ist die Bildung von Landbürgermeistereien unbedingt zu bevorzugen, da sie das Ende der Steinigen Selbstverwaltung bedeuten. Bei der räumlichen Lage der meisten Gemeinden der Provinz ist nicht damit zu rechnen, daß sich in den neuen Landbürgermeistereien ein reines Gemeindefeld entwickeln wird. Dagegen werden die Kosten der neuen Organisation voraussichtlich ins Ungemessene wachsen. Selbst wenn es gelingen sollte, durchschnittlich fünf bis sieben Gemeinden und Ortsbezirke zu einer Landbürgermeisterei zusammenzuführen, so würden bei einer Gesamtzahl von über 4100 Gemeinden und Ortsbezirken in der Provinz Sachsen doch immer noch rund 600 Landbürgermeistereien eingerichtet werden müssen. Beranschlagt man den durchschnittlichen jährlichen Gehälter, Mieten, Heizung, Bureaukosten, Fuhrwerk usw., auch nur mit 500 000 Mark Landbürgermeisterei, so würde sich die Provinz Sachsen durch die Schaffung dieser neuen Verwaltungseinheiten allein ein jährlicher Mehraufwand von rund 300 Millionen Mark ergeben. Bei Vorgehung der Landbürgermeisterei auf durchschnittlich nur drei bis vier Gemeinden, würden die Kosten naturgemäß entsprechend erhöhen. Es erhebt sich die Frage, wie die Regierung in einem Augenblick, wo alles darauf ankommt, unsere ganze Verwaltung so sehr als nur irgend möglich zu vereinfachen, es wagen kann, mit derartig schließlichen Veranschlagungen in der Verwaltung lebhaft um ein paar Tausend Parteifunktionären neue Futterstellen zu schaffen.

Damit kommen wir zu dem zweiten und wichtigsten Teil des Entwurfes nämlich den in ihm enthaltenen Kommunalisierungs- und Zentralisierungsbestrebungen.

Nach Paragraph 65 des Entwurfes soll die Landgemeinde beauftragt, sofern die öffentliche Ordnung und Sicherheit es erfordert, durch Ortspolizeibehörde gemeinsame Einrichtungen vorzuschreiben, das beim Vorliegen der Ortspolizeibehörde zu beschließen. In der Hauptsache sind diese Einrichtungen die, sich nur dieser Artstellen und Einrichtungen zu bedienen.

Paragraph 66 aber bestimmt: „Soweit die Landgemeinden auf Grund gesetzlicher Ermächtigung ortsverordnungsähnliche gemeinnützige Anstalten in die Gemeindeverwaltung übernehmen (Kommunalisierung) und zum Zweck

des ausschließlichen Betriebes eines Wirtschaftszweiges durch die Gemeinde die Errichtung oder Fortführung gleichartiger Anstalten (Kommunalisierung) unterliegen (ausdrücklich öffentliche Gemeinverpflichtung), sind sie verpflichtet, den Betrieb so zu führen, daß das öffentliche Wohlwessen befördert wird.“

Der „Landbau“ Provinz Sachsen schreibt hierzu: Die Selbstverwaltung, insbesondere der kleinen Landgemeinden, wird durch die Schaffung der Landbürgermeistereien nicht nur erheblich eingeschränkt, sondern sie kann auf Grund des Paragraphen 97 (wonach die Landbürgermeisterei beauftragt ist, durch Beschluß der Bürgermeistereiabteilung für das ganze Gebiet oder für Teile desselben alle oder einzelne Selbstverwaltungsangelegenheiten zu übernehmen) vollständig in die Hand der Bürgermeistereiabteilung übergehen. Die Wahl zur Landbürgermeistereiabteilung unmittelbar und geheim ist, eine verhältnismäßige Vertretung der einzelnen Landgemeinden in der Landbürgermeisterei also jetzt beim Anknüpfen also nicht gewährleistet ist, erhebt die Gefahr für Landgemeinden, die mit Gemeinden, die nur durch industriellen Einschlag zu einer Landbürgermeisterei zusammengefaßt sind, besonders groß.

Auch sonst noch enthält der Entwurf noch eine ganze Reihe von Bestimmungen, die zu den schwersten Bedenken Anlaß geben, da er nicht aus einer sachlichen Notwendigkeit heraus, sondern aus politischen Beweggründen entworfen ist. Handelt es sich für die Verfasser des Entwurfs doch augenscheinlich nur darum, auf dem Umwege über die Landbürgermeistereien

1. das Uebergehen der Arbeiterschaft und die Herrschaft der Gewerkschaftsorganisationen in die ihnen bisher verweigerten unzulänglichen kleinen Landgemeinden durchzuführen.

2. sich den nötigen bürokratischen Apparat zur Durchführung zum Teil überflüssiger Staatsaufgaben auf Kosten der Gemeinden zu schaffen.

3. ein paar Tausend Parteifunktionären zu neuen Futterstellen zu verschaffen.

Darum ist erforderlich, daß

- a) möglichst sämtliche Landgemeinden so schnell wie möglich dem Preussischen Landgemeindeverein, Bezirksfriedensrat, Spohnhofstraße 31, als der berufenen Interessentenvertretung der Landgemeinden beitreten;
- b) die dem Landgemeindeverein angehörenden Gemeinden die einen Kreisessitz zu einer Kreisabteilung zusammenfassen;
- c) eine enge Zusammenarbeit zwischen Kreisabteilung und Kreisverband hergestellt wird;
- d) endlich nur dann noch aus den einzelnen Kreisabteilungen der die Provinz ein Provinzialverband gebildet werden.

Das deutsche Landvolk muß sich mit aller Kraft dem widersetzen, was man hier ganz still und leise anhängen möchte! Gelangt es nicht, den Anschlag auf die Selbstverwaltung der ländlichen Verwaltung zu machen, so ist es um den eigenen Willen dessen, der deutsche Arbeiter beider, geführter Partei, die den ein warmes Bündnis geschlossen ist, wird seine Wege diktieren!

Mit ganzer Geschlossenheit muß hier wiederum alles zusammenfallen in dem einiglichen Willen: Nie und nimmer!

Starker Rückgang der sozialistischen Angestelltengewerkschaft.

Innerhalb der sozialistischen Angestelltenbewegung bildet der Zentralverband der Angestellten die radikalste und zugleich die lächerliche Gruppe. Ueber die Situation in diesem Verbande schreibt der „Kommunistische Gewerkschaftler“, in a. a. O. Zentralverband der Angestellten befindet sich augenblicklich in einer kritischen Lage. Von der herrschenden Stellung, die er nach der Revolution und noch im Jahre 1919 den bürokratischen Verbänden gegenüber einnahm, ist er jetzt wie nichts mehr übrig geblieben. Ein Beweis dafür ist der Rückgang der Zahlen zur Angestelltenversicherung, bei denen der Verband, dessen Kandidat der Zentralverband ist, ziemlich schlecht abgeschnitten hat. Wenn in dem Verbandszentrum das Gesagte behauptet wird, so ist das in besten Falle eine verhängnisvolle Selbsttäuschung. Der Vergleich mit den Zahlen aus der Vorperiode zeigt ganz untrüglich, daß es eine Tatsache, daß der Zentralverband der Angestellten seit der zweiten Hälfte des Jahres 1919 zurückgeht. Die Ursache liegt in der wirtschaftsrechtlichen Einstellung der Verbandsobersten, die trotz radikaler Besorgensart sich jeder Gelegenheit zum Rückgang bemächtigen. Das höchste Ziel für sie ist die Verwirklichung. Sie sind erklärte Gegner aller Streiks. Ganz abgesehen davon, daß

der Verband in seiner Gesamtheit in den letzten Jahren überhaupt keinen Streik führte, hat der Zentralverband auch immer die besten Streikführer, welche die Interessen der Angestellten um die Macht zwischen den Arbeitgeberkreisen, Unabhängigen und Kommunisten, die naturgemäß die Schlichtung des Verbandes stark fördern, erkräften durch den Streik eine helle Zukunft. Der „Kommunistische Gewerkschaftler“, dem naturgemäß die politische radikale Stellung des a. a. O. noch nicht radikal genug ist, befaßt sich auch mit Streikführer die angestrebte. Was für ein Streik, die Arbeitgeberkreise, die die Kommunisten bei der Befreiung der Arbeiter im Verbande so sehr zu schätzen.

Ueber die Mitgliederbewegung im a. a. O. enthält der erwähnte Bericht nachstehende interessante Angaben: „Die Lage innerhalb des Verbandes ist in der allerersten Zeit gibt zu Befürchtungen Anlaß. Die Rückzahl der führenden Angestellten, das Verhalten jedoch erwünschten Kampfe auszuweichen, das die Arbeiter durch die Organisation betrieblieh abgesehen und eine tief Unzufriedenheit in den Mitgliederkreisen erzeugt. Innerhalb dieser Umstände ist es nicht verwunderlich, wenn die notwendigen Beitragsrückstellungen dem Verband aus Schwere in der Selbstverwaltung liegen. Es ist eine sehr wichtige Tatsache, daß die Mitglieder zum großen Teil nicht die Beiträge der Beiträge zahlen, sondern nur nach ihrem Gehalt zahlen. Die Parteifunktionäre tragen es aber nicht, die höheren Beiträge zu zahlen, die sie in Massen ausbreiten befehlen. Bestimmte Anhaltspunkte sprechen dafür, daß die Mitgliederbewegung (streik) ersten Umfang annimmt und die Arbeiter nicht nur wegen der Beitragsrückstellungen erfolgen.“

Nach dem Bericht ist die Ortsgruppe Könnigsberg von 4000 auf 300 Mitglieder „herabgewirtschaftet“. Ähnlich liegen die Verhältnisse in Kottbus. Tatsächlich hat der Zentralverband nach eigenen Angaben im Laufe eines Jahres 30 000 Mitglieder verloren, die in der Bezirk der Christlich-nationalen Angestelltenverbänden zugewandert sind. Der erwähnte Bericht gibt den Mitgliederstand des a. a. O. mit 500 000 an, eine Zahl, die eher zu hoch, als zu niedrig ist. Ein Vergleich mit dem in Betracht kommenden Verbänden des (christlich-nationalen) Gesamtverbandes deutscher Angestellten-Gewerkschaften ergibt folgende Zahlen: Der deutschnationale Handlungsgehilfenverband (nur männliche kaufmännische Angestellte) zählt 270 000, der Verband deutscher Handels- und Büroangestellten (11 120, der Zeitliche Handlungsgehilfen (nur Kaufgeschäfte) 75 000 und der Reichsverband der Büroangestellten 10 000 Mitglieder. Die die christlich-nationalen Angestelltenbewegung umfaßt an kaufmännischen und Büroangestellten also fast schon rund 150 000 Mark mehr als die sozialistische Bewegung. Wie die Mitgliederbewegung im a. a. O. davon abhängt, daß die Angestellten vom sozialistischen ins nationale Lager au demart.

Bunte Zeitung

Eine reizige Winternachtschicht.

In einem holländischen Blatte erzählt ein sehr faszinierende Winternachtschicht, für deren Wahrheit er sich bürgert: Im Jahre 1917 fand in Wien ein Mann, der seinen beiden Söhnen je 50 000 Kronen hinterließ. Der eine, ein klein Bißchen mehr, und der andere, ein klein Bißchen weniger, bei der die 50 000 Kronen noch heute liegen, die ihm 4 v. d. H. Zinsen im Jahre tragen. Der andere, ein Zungenstich, der gerne ein Gläschen trinkt, kaufte für sein väterliches Erbe 50 000 Pfunden billigen Wein. Mit seinen Freunden trank er diesen Wein in nicht allzu langer Zeit aus. Man sollte nur meinen, daß er auf diese Weise das Erbe gänzlich verbracht habe. Dieser Vater jedoch verkaufte er die 50 000 leeren Flaschen und erhielt dafür vier Millionen Kronen.

Da soll man nicht verwirrt werden.

Ein Oesterreicher der 1913 plötzlich geistig erkrankt war und den Krieg und die Revolution in einer Irrsinnigkeit bei Wien verbrannt hatte, formte als geistig entsetzter Mensch. In der Fremde über seine neue Freiheit tat er, was die meisten älteren Oesterreicher da getan hätten: er mietete eine Drochse und ließ sich in den schönen Prater fahren. Dort angelangt rief er aus und fragte nach dem Hauptort. „18000 Kronen“ forderte der Statistiker. Der Oesterreicher wurde blass. „Herr Herr“, sagte er ätzend, „das ist schrecklich, das habe ich nicht vorausgesehen, und ich habe jetzt nur ein 20-Kronen-Stück bei mir.“ Der Statistiker sah das Goldstück und antwortete: „Wahner, was wollen's denn? Da kriegen's noch 18 000 Kronen.“ Der Oesterreicher wurde wieder blass. „Herr Herr“, sagte er leise, „haben Sie mich für die 18 000 Kronen wieder in die Kasse zurück.“

Es sah Eberhard triumphierend an und sagte freudig.

„Dann wollen wir morgen hinfahren“, sagte sie lebhaft. „Und wir wollen das Bild in unsere Dienste zwingen, nicht wahr?“

„Aber kaum weniger erfreut über die Aussicht, die ihm da winkte, als sie. Das Verbot seines Vaters hatte noch nichts von seiner Bitterkeit für ihn verloren; und er war der Romantik dankbar, daß sie ihm die Möglichkeit verschafft hatte, offen dahin zu gehen, wohin er sich mehr als einmal heimlich geschlichen hatte.“

„Das wollen wir“, erwiderte er heiter. „Ich bin sicher, daß wir morgen die Stadt hinfahren werden.“

„Ja freilich“, sagte sie zu sich, daß es nur ihm verständig war, „es ist da etwas mehr zu holen als dein Wohl mit dem Robber zu fünfzig Pfennigen.“

Aber während sie so miteinander stürzten und den Plan weiter ausarbeiteten — er, ohne daran zu denken, welche Folgen dieser Plan für die Spielstätte zu ziehen bringen würde — sah Eberhard sich plötzlich selbst in der Lage zu befinden. Und die Ursache blieb ihm nicht lange verborgen.

Hier hatte den Salon betreten, einem Ruise Magdalena's Folge leistend. Und sie hielt den Blick ihrer schönen ersten Augen gerade auf ihn gerichtet. — Sie hatte den ersten Teil der Unterredung mitgehört und es wurde Eberhard nicht schwer, sich in die Verhältnisse zu versetzen, mit denen er sie hatte erfüllen müssen.

Sie selbst hatte ihn — unbekannt am die Befehle, der sie damit ihren Ruf und ihren guten Namen ausliefe — vor den Folgen bewahrt, die seine heimlichen Ausflüge in das lockende Paradies der Spieler sonst gehabt hätten. Alles Gelingen — Ihre Ehe selbst geriet sie darauf, und nun sollte er mit ihr leben — das dem Mädchen, das man ihm zur Frau bestimmt hatte, unbekannt nach Monte Carlo gehen — und er hatte eine fast kindliche Freude darüber an den Tag gelegt! Mehr noch — er hatte in der Freude darüber sie und das, was sie für ihn getan hatte, vergessen.

Aber der tiefe Summer, den er darüber empfand, machte seine kleine Verhängnisvolle doch wieder gut.

(Fortsetzung folgt.)

„Ich sehe nun wirklich, daß Sie kein Vergnügen in dieser Art des Spiels finden, Herr von Rominger“, sagte sie lächelnd. „Wenn Sie sich unterhalten wollen, gehen Sie wahrscheinlich nach Monte Carlo hinüber.“

Eberhard wurde ein wenig rot und sagte, während er seinen Vater, der den beiden die größte Aufmerksamkeit zuwandte, gerade an.

„Mein Vater hält das Spiel für eine Sünde, wenn man es nicht am heimischen Herd und mit dem denkbar niedrigsten Einsatz betreibt“, sagte er.

Die Komtesse lächelte, aber es war ein ganz eigener Ausdruck in ihren Augen, als sie sich dem Freiherrn zuwendete. „Das ist doch nicht nicht so zu verstehen“, sagte sie einerseits, die den Freiherrn sehr beunruhigte — einerseits, wie wenn sie plötzlich entdeckte, daß sie einen Jertum begangen hatte, der vielleicht noch wieder gutzumachen war, „daß Sie Ihrem Sohn verbieten, nach Monte Carlo zu gehen, wo es doch so nah ist? — Es wäre — ich würde es —“

„Sie lagte nicht, wie sie es fand, aber das haben, mit dem Herd den Sag schloß, fiang dem Freiherrn nicht an.“

Er begann davon überzeugt zu werden, daß seine Ansichten nicht die der Gesellschaftsphäre waren, in der er seinen Sohn zu sehen wünschte. Aber der Stolz des Autokratens ließ es nicht zu, diese Ansichten zu verlegen.

„Widerlegen“, sagte er. „Ich habe eine tiefe Abneigung gegen das Spiel, das Sie hier zu spielen meinen.“

„Dann fürchte ich, daß Sie auch gegen mich eine tiefe Abneigung bekommen werden“, erwiderte die Komtesse, und es war nicht recht aus dem Klang ihrer Stimme herauszubringen, ob ihre Worte lediglich überhaft gemeint waren, „wenn ich Ihnen sage, daß die Nähe von Monte Carlo für mich einer der schmerzhaftesten Vorzüge der Riviera ist. Und ich würde es sehr gern empfinden, wenn mir erlauben sein sollte, dorthin zu gehen, während ich Ihr Gast bin.“

„D, das ist natürlich etwas durchaus anderes. Ich werde niemals bemittelt sein, meine eigenen Ansichten — oder Worte, wie immer Sie es zu nennen belieben — auf meine Gäste zu übertragen. Ich brauche doch wohl nicht

ausdrücklich zu sagen, was es Ihnen ungemessen freuet, daß ich zu gehen, wo es Ihnen gefällt — ob es nun Monte Carlo oder ein anderer Ort ist.“

„Aber ich kann nicht gut ohne Begleitung hingehen — nicht wahr?“ sagte sie. „Was ich gewollt hatte, war, daß Ihr Herr Sohn mich hinführen würde. — Oder hätten Sie etwas dagegen, wenn ich mit Herrn von Rominger?“

„Und Sie sah Eberhard mit ihrem gewöhnlichen Lächeln an.“

„Der junge Mann konnte ein heiteres Gesicht nicht unterdrücken, als er die förmliche Lage erkannte, in die sein Vater da gekommen war.“

„Ich — Nein, ich hätte sicherlich nichts dagegen. Ich wäre glücklich, Ihnen meine Dienste zur Verfügung stellen zu dürfen. Aber Sie wissen, daß die Entscheidung nicht bei mir liegt.“

„Und er machte eine begehrenden Bewegung gegen seinen Vater, der sich in der Tat in einer unangenehmen Lage befand. Er hatte zwischen seinen Vorurteilen und seinen Wünschen zu wählen, und die Entscheidung fiel ihm außerordentlich schwer.“

„Er sah seinen Vater an, der nun sagte, er würde ihm die nötige Unterstützung leisten, hand an sich hinter seinen Stuhl zu stellen. Und während die Komtesse Eberhard seine eigene Meinung ausdrückte, flüsterte sie ihrem Vater zu:“

„Du wirst ihn in diesen einen Punkt nachgeben müssen, Papa! — Es ist doch schließlich kein zu großer Schritt weiter auf dem Wege, den du dir vorgesetzt hast.“

Der Freiherr sah mit zunehmenden Lippen und starrer geführter Stirn. Nichts fiel ihm schwerer, als etwas von seinen Prinzipien zu lassen. Aber er sah ein, daß in diesen einen Fall zu viel auf dem Spiele stand. Und als ihm Mabel Hermann noch einige weitere Worte zugeflüstert hatte, war er zum Nachgeben bereit.

„Er wandte sich der Komtesse wieder zu, und indem er sich zu einem freundlichen Ausdruck zwang, sagte er:“

„Wenn Eberhard Sie nach Monte Carlo begleiten will, Komtesse, habe ich keine Einwendungen zu machen. Es ist schließlich ein sehr hübscher und angenehmer. Ihnen eine kleine Reise in jeder Form zur Verfügung zu stellen, die Sie wünschen.“

„Aber der tiefe Summer, den er darüber empfand, machte seine kleine Verhängnisvolle doch wieder gut.“

(Fortsetzung folgt.)